



GEWERBESTEUER: Rückzahlung einer sechsstelligen Summe

Für reichlich Verwunderung sorgte die Post eines Finanzamtes am 12. Mai: Darin enthalten waren nämlich neue Grundlagenbescheide für die Berechnung der Gewerbesteuer für ein größeres Unternehmen für die Jahre 1994 und 1995. Während für 1994 die Gemeinde danach rund 1,8 Mio. Euro zurückzahlen muss, hätte das Unternehmen für 1995 rund 2,0 Mio. Euro an die Kommune nachzahlen gehabt.

Lang währte die Freude über die

die hohe sechsstellige Summe zeitnah überwiesen, um nicht weitere Zinsen zu verursachen, gegen die Bescheide für 1994 und 1995 wurde aber vorsorglich Einspruch eingelegt. Zudem wandte sich der Rathauschef persönlich an den Bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder und hat viele Telefonate sowie Gespräche mit Bürgermeisterkollegen ebenfalls betroffener Kommunen geführt: „Das einzig tröstliche war, dass es



Foto: imago

200.000 Euro Mehreinnahmen aber nicht: „Das zuständige Finanzamt korrigierte den Bescheid für 1995 nach nur 12 Tagen schon wieder“, berichtet Bürgermeister Thomas W. Holz. Das Ergebnis war dann alles andere als erfreulich: Das Unternehmen muss nur noch rund 1,1 Mio. Euro nachzahlen, so dass für 1994 und 1995 insgesamt eine Zahlungspflicht i. H. v. knapp 700.000 Euro für die Gemeinde verbleibt.

„Das konnte ich so nicht auf sich beruhen lassen“, so Holz. „Zu viele Fragen haben sich in diesem Zusammenhang aufgetan.“ Beispielsweise: Warum dauert die Korrektur eines Bescheides 23 Jahre? Wie kann es sein, dass ein Bescheid, dessen Berichtigung zunächst 22 Jahre gedauert hat, innerhalb von 12 Tagen gleich wieder korrigiert wird? Warum wurde die Gemeinde nicht über die laufende Verfahren und zu erwartenden Auswirkungen informiert? Für welche anderen Jahre laufen noch Verfahren und damit das Risiko von Steuerrückzahlungen für die Gemeinde? Die Gemeinde hat natürlich entsprechend reagiert: Zwar wurde

Kochel a. See nicht alleine erwisch hat.“

Der Finanzminister hat sich der Sache persönlich angenommen und nicht nur mehrfach direkt mit Holz das Thema erörtert, sondern auch seine höchsten Beamten und das Landesamt für Steuern mit der Aufklärung betraut. Dessen Präsident und Vizepräsident machten bei einer Besprechung im Kochler Rathaus aber deutlich: „Es ist alles rechtmäßig gelaufen.“ Aufgrund des Steuergeheimnisses kann (leider) nur wenig öffentlich gemacht werden: Das Verfahren hat so lange gedauert, da der erste Bescheid des Finanzamtes für die Jahre 1994 und 1995 nach jahrelangen Prüfungen erst 2006 erlassen wurde und ein Jahr später Rechtsmittel dagegen eingelegt wurden. Dieses Verfahren hat bis vor den Bundesfinanzhof geführt und noch neueste europäische Rechtsprechung einbezogen.

„Auch wenn diese Erklärungen möglicherweise ein wenig Licht in das Dunkel bringen, so sind sie keinesfalls zufriedenstellend“, schimpft Holz. „Nach dem Motto ‚den Letzten beißen die Hunde‘



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

als am 15. Mai ein Schreiben des Finanzamtes bei uns im Rathaus ankam, dachte ich zunächst an einen Schreibfehler: Der Bescheid bezog sich auf das Jahr 1994! Nachdem aber noch ein weiteres Dokument mit Bezug auf 1995 enthalten war, schien klar: Das war (leider) kein verspäteter Aprilscherz. Als dann am 26. Mai noch der korrigierte Bescheid für 1995 ankam, war uns überhaupt nicht mehr zum Lachen zumute.

Es wird wohl kein Zweifel daran bestehen, dass Steuerzahlungen, die von der Gemeinde zu viel eingenommen wurden, wieder zurückzahlen sind - das würde jede Privatperson auch verlangen. Dass aber auf diese Summe immer noch 6 Prozent Zinsen zu zahlen sind, ist nicht mehr nachvollziehbar! Im Fall des Jahres 1994 bedeutet das nämlich, dass die Zinsen einen Betrag von knapp 60 Prozent der Gesamtsumme ausmachen. Oder anders gerechnet: Wenn die Zinsen nicht wären, müssten wir „nur“ rund 300.000 Euro und nicht 700.000 Euro zurückzahlen.

Die lange Verfahrensdauer von fast

kann die Gemeinde nun schauen, wie sie mit den Folgen klarkommt.“ Nicht nur, dass nun ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden muss, bei dem die 700.000 Euro Mehrausgaben zu verarbeiten sind, auch werden die Verzinsungen nicht bei der Bemessung der Steuerkraft berücksichtigt. „Das bedeutet, dass wir trotz dieser hohen Ausgaben, für die wir in keinsten Weise

einem Vierteljahrhundert mag zwar Gründe haben, „recht und billig“ kann das aber nicht sein. Deshalb kann, will und darf ich nicht beurteilen, ob die hohen Zinsen in der heutigen Zeit möglicherweise bewusst über ein langes Verfahren zur Geldanlage genutzt wurden. Das Hauptproblem liegt in meinen Augen woanders: In unserem viel zu komplizierten Steuerrecht und dem antiquierten Gewerbesteuerverfahren.

Da die Gemeinden nicht einmal über derartige Verfahren informiert werden, geschweige denn eine Einflussmöglichkeit haben, sind sie den Finanzämtern nahezu „ausgeliefert“. Auch wird ihnen jegliche Planungsmöglichkeit entzogen! Es stellt sich schon die Frage, ob nächstes Jahr die korrigierten Bescheide für 1996, 1997 usw. bei uns aufschlagen und wir vielleicht einen siebenstelligen Betrag zurückzahlen müssen. Dann würde es sich nicht lohnen, zu Beginn des Jahres einen Haushaltsplan aufzustellen, da dessen Ansätze - wie heuer auch - komplett durcheinandergewirbelt werden. Hier muss sich schleunigst etwas ändern!

Bei der Diskussion um die Gewerbesteuer darf man nicht vergessen: Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Kommunen. Deshalb bin ich auch den vielen Unternehmen in unserem Gemeindegebiet sehr dankbar, die hierfür einen sehr großen Beitrag leisten!

Herzlichst
Ihr

Thomas W. Holz
Erster Bürgermeister

verantwortlich sind, keine höheren Schlüsselzuweisungen erhalten“, so der Bürgermeister. Ein Trost mag vielleicht sein, dass neben Dr. Söder auch die Abgeordneten Martin Bachhuber, MdL, und Alexander Radwan, MdB, tätig wurden und die Höhe von 6 Prozent bei den Zinsen in der Abgabenordnung reduzieren wollen: „Hoffentlich haben wir hier etwas in Gang gebracht.“

ZWEI-SEEN-LAND: Sehr gute Halbjahreszahlen

Hoch erfreut war Bürgermeister Thomas W. Holz, als er in der Juli-Sitzung des Gemeinderates die Halbjahresstatistiken der touristischen Abteilung präsentierte: „Die ersten sechs Monate sind richtig gut gelaufen!“ Das Gesamtergebnis für den Tourismus im Zwei-Seen-Land

verbracht, was eine Steigerung von 3.141 Ankünften bedeutet. Die Übernachtungen sind ebenfalls um knapp 12 Prozent auf insgesamt 92.727 gestiegen.

Dieses Ergebnis ist aufgrund der bedauerlichen Tatsache, dass das Hotel „Einsiedl“ nicht mehr in Be-

Gemeinde Kochel a. See. So ein Ausfall ist nicht leicht zu kompensieren. Daher ist es sehr erfreulich, dass im „Schmied von Kochel“ auch verstärkt wieder der Hotelbetrieb in Angriff genommen wird.

Dass die Zahlen insgesamt so positiv ausfallen, liegt nach der Ansicht



Mit aussagekräftigen Bildern wie diesen spricht die „Kristall trimini“-Therme deutschlandweit ein neues Klientel an Urlaubsgästen an.

weist nämlich bei Ankünften und Übernachtungen jeweils ein Plus von über 10 Prozent aus.

Im Vergleich zum Vorjahr haben knapp 15 Prozent mehr Gäste ihren Urlaub im Gemeindegebiet

trieb ist, umso beachtlicher: „Dieses Haus am Ufer des Walchensees war sehr beliebt und daher natürlich auch ein Garant für viele Übernachtungszahlen“, so Manuel Huber, Leiter der Abteilung Tourismus der

von Huber und Holz sicherlich daran, dass viele einst sehr beliebte Urlaubsländer wie Ägypten oder Türkei derzeit gemieden werden: „Viele Erholungssuchende wählen lieber die sicherere Variante und bleiben

BREITBANDAUSBAU IM GEMEINDEGEBIET: Knapp 400.000 Euro Förderung vom Freistaat Bayern

„Ein enorm wichtiger Schritt für die Infrastruktur in unserer Gemeinde“, sagte Bürgermeister Thomas W. Holz, als er den Förderbescheid für den Breitbandausbau im gesamten Gemeindegebiet Kochel a. See vom Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, überreicht bekam: „Gerade Unternehmen sind heute in der digitalen Zeit auf schnelle Datenverbindungen angewiesen, um sich gut am Markt positionieren zu können. Aber auch für Privatleute gehört das schnelle Internet heute natürlich zum alltäglichen Leben.“

Nachdem das Gewerbegebiet Pessenbach in einem ersten Schritt bereits im vergangenen Jahr mit dem Breitband versorgt wurde, hat die Gemeinde ihr restliches Gebiet in insgesamt 12 Erschließungsgebiete aufgeteilt. „Dabei haben wir darauf geachtet, dass jeder Ortsteil

und jedes einzeln stehende Haus wie beispielsweise die so genannte ‚Helmer-Hütte‘ am Kesselberg versorgt werden.“ Um die insgesamt 1.997 Haushalte zu versorgen, wird

die Deutsche Telekom in den kommenden Monaten rund 40 Kilometer Glasfaserkabel verlegen und 19 Multifunktionsgehäuse neu aufstellen. Aktuell ist das Unternehmen,



Finanzminister Dr. Markus Söder und Bürgermeister Thomas W. Holz mit dem Bescheid.

im Inland und hier hat Bayern und unsere Region eben sehr viel zu bieten.“ Aus diesem Grund ist dies auch die große Chance diese neuen Gäste dauerhaft an das Zwei-Seen-Land zu binden. „In diesem Bereich haben wir unsere Aktivitäten massiv erhöht“, so Huber.

Eine nicht unwesentlichen Beitrag zu den erfreulichen Zahlen hat aber auch die neue „Kristall trimini“-Therme beigesteuert. Dies ist vor allem daran zu erkennen, dass im Kochelseegebiet ein Plus von über 19 Prozent bei den Ankünften zu verzeichnen ist (zum Vergleich: Walchenseegebiet + 8 Prozent). „Auch berichten uns einige Vermieter, dass sie ganz gezielte Anfragen von Gästen haben, die vor allem wegen der neuen Kristall-Therme auf unser Zwei-Seen-Land aufmerksam geworden sind“, so der Bürgermeister. Der Vorteil sei, dass die Betreiberin mit dem Gesamtkonzern der Kristall Bäder AG ein völlig neues Klientel mit weitem Verbreitungsgebiet deutschlandweit anspricht.

das Ende April bereits den Auftrag der Gemeinde erhalten hat, dabei die Standorte der neuen Verteilerkästen sowie den in Teilbereichen notwendigen neuen Trassenverlauf der Kabel zu planen. Vorgesehen ist, dass die Gesamtmaßnahme bereits im April 2018 abgeschlossen ist: „Das Unternehmen hat nach den rechtlichen Rahmenbedingungen ab Vertragsunterzeichnung 12 Monate Zeit für den Ausbau“, so Nicole Lutterer, Geschäftsleiterin im Rathaus.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 1.445.665 Euro. Von der so genannten Wirtschaftlichkeitslücke in Höhe von 484.960 Euro fördert der Freistaat Bayern über das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat insgesamt 387.968 Euro, so dass die Gemeinde einen Betrag von insgesamt 96.992 Euro selbst noch zu tragen hat.





VERKEHRSELASTUNG: Informationen an das Bundesverkehrsministerium

An schönen Tagen wird die Verkehrsbelastung im Gemeindegebiet Kochel a. See immer unerträglich. Dies machte Bürgermeister Thomas W. Holz kürzlich bei einem Termin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Norbert Barthle, MdB, und dem Bundestagsabgeordneten Alexander Radwan deutlich. „Neben dem Ausflugsverkehr der Erholungssuchenden in Richtung Walchensee nimmt

der Umfahrungs- und Ausweichverkehr des Staus am Ende der Autobahn A95 bei Oberau ständig zu“, beschrieb Holz die aktuelle Situation. Stundenlange Staus auf der Staatsstraße 2062 zwischen Schlehdorf und Kochel a. See sowie auf der Bundesstraße 11 zwischen den Ortsteilen Pessenbach und Kochel a. See und weiter bis zum Walchensee seien die Folge. „Im Walchenseegebiet herrschen dann aufgrund rücksichtsloser Verkehrsteilnehmer oft chaotische Zustände durch falsch parkende Fahrzeuge“, so der Kochler



Staatssekretär Norbert Barthle, MdB, wurde von Bürgermeister Thomas Holz informiert.



Die Abgeordneten Alexander Radwan und Ulrich Lange mit Bürgermeister Thomas Holz.

Rathauschef.

Radwan, der die Situation aus eigener Erfahrung kennt, pflichtete bei: „Für die einheimische Bevölkerung ist dieser Verkehr eine erhebliche Belastung.“ Auch müsse man bedenken, dass die Gemeinde Kochel a. See die tourismusintensivste Kommune im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist: „Die Urlauber kommen ja gerade in die staatlich anerkannten Luftkurorte, um sich zu erholen.“ Der Parlamentarische Staatssekretär gab zwar zu bedenken, dass es kaum möglich sei, den Verkehr aus dem Kochler Gemeindegebiet komplett „auszusperren“, sagte aber zu:

„Wir werden prüfen lassen, ob es bei der Verkehrslenkung Möglichkeiten gibt, die großen Staulagen und damit die Belastungen für die Bevölkerung etwas zu lindern.“

Auch mit Bundestagsabgeordneten Ulrich Lange, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, diskutierten Radwan und Holz das Thema ausführlich. Dieser zeigte großes Verständnis für das Ansinnen des Kochler Bürgermeisters: „Die Bürger vor Ort sollten weiterhin auch selbst ihre schöne Landschaft genießen können.“

BAHNSTRECKE KOCHEL-TUTZING: Bauarbeiten und Sperrung

Die Bahnstrecke zwischen Kochel und Tutzing ist in der Zeit vom 29.07.2017 bis einschließlich 10.09.2017 gesperrt und ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Der Grund hierfür ist die Durchführung von gleich drei Bauprojekten. Unter dem Namen „ESTW Kochelseebahn“ wird zum einen die alte Stellwerkstechnik durch ein elektronisches Stellwerk ersetzt. Deshalb ist die Einbringung eines Kabelführungssystems für die gesamte Strecke mit einer Länge von 34 Kilometer entlang der Bahndämme und das Rammen von Signalfundamenten notwendig. Für diese Maßnahme wird Tag und Nacht in Form von Wanderbaustellen gearbeitet. Vor und nach den Sommerferien finden Arbeiten tagsüber und in der nächtlichen Betriebsruhe von 0:30 - 4:30 Uhr statt. In der Nähe von Wohnbebauung sollen die lärmintensiven Arbeiten laut Deutscher

Bahn größtenteils tagsüber durchgeführt werden.

Zu anderen wird die Eisenbahnüberführung in Ried und rund 1.1 Kilometer Oberleitung komplett erneuert. Hierfür müssen zwischen 29.07.2017 und 02.08.2017 laut Mitteilung der Bahn lärmintensi-



ve Rammarbeiten durchgeführt werden. Ab 01.08.2017 beginnt dann der Abriss der Brücke in Ried und die Herstellung von Plateaus für die großen Bohrmaschinen. Danach werden 60 Bohrpfähle mit lärmintensiver Arbeit eingebracht und die Kopfbalken für

das Brückenwiderlager hergestellt. Wenn dann der Brückenüberbau als Betonfertigteil eingehoben ist, wird die Stopfmaschine noch die restlichen Gleisbauarbeiten durchführen. Diese Brückenbaumaßnahme soll im Wesentlichen bis zum 04.09.2017 abgeschlossen sein, damit im Anschluss bis 08.09.2017 die Oberleitungsanlage hergestellt werden kann. Der landwirtschaftliche Weg in der Verlängerung der Franz-Marc-Straße ist zwischen 29.07. und 10.09.2017 nicht befahrbar. Wann eine Durchfahrt wieder möglich ist, wird die Deutsche Bahn rechtzeitig mitteilen. Parallel hierzu wird auch die Eisenbahnüberführung Säubach erneuert.

Als Ansprechpartner für betroffene Bürger ist ein Immissionsschutzbeauftragter benannt:

Möhler & Partner Ingenieure AG,
Tel.:089-544217-0, Email:
info@mopa.de

SCHULE: JaS-Stelle

Einstimmig hat der Gemeinderat in seiner Juli-Sitzung die Beantragung einer halben Stelle für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) für die Franz-Marc-Grundschule befürwortet. Schulleiter Dr. Jakob Dondl und Bürgermeister Thomas W. Holz machten vorab deutlich, dass auch an kleineren Schulen derartige Unterstützung notwendig ist: „Hierdurch können vor allem Schüler mit sozialen Problemen oder Kinder von Asylbewerbern gezielt gefördert werden, die sonst möglicherweise die gesamte Klasse blockieren.“ Sollte dieser Antrag auch im Landratsamt Bad Tölz und bei der Regierung von Oberbayern befürwortet werden, fördern diese Behörden die Kosten der Halbtagsstelle mit jeweils rund 8.000 Euro jährlich. Bei der Gemeinde verbleiben damit rund 20.000 Euro pro Jahr. „Nach vier Jahren soll diese Förderung überprüft werden“, so Holz.